



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 11. März 1992

Nationalrat

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung

92.3054 Dringliche Interpellation Bonny

Aufstockung des Rahmenkredites zur Weiterführung der verstärkten
Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

Die Antwort auf die dringliche Interpellation Bonny wird
gutgeheissen (siehe Beilage).

Das Bundesamt für Aussenwirtschaft ist mit der Antwort
einverstanden.

Die Eidg. Finanzverwaltung hat hingegen grundsätzliche
Vorbehalte geltend gemacht und schlägt vor, dem Begehren des
Interpellanten nicht Folge zu leisten.

ERWAEGUNGEN

1. Internationale Unterstützungsmassnahmen zugunsten der Staaten der GUS

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Botschaft über die
Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und
mitteleuropäischen Staaten durch den Bundesrat (23.09.1991) war
die UdSSR voll im Umbruch begriffen. Am 22.12.1991 haben 11



unabhängige Nachfolgestaaten der UdSSR die GUS gegründet. Damit hat sich zumindest auf politischem Niveau die Situation im Raum der ehemaligen UdSSR geklärt, so dass die Schweiz am 23.12.1991 diese Staaten sowie Georgien anerkennen konnte.

Umfangreiche internationale Aktionen in den Bereichen der Finanzhilfe (insbesondere in Form von Kreditgarantien) und der technischen Zusammenarbeit sind von den EG und wichtigen OECD Ländern bereits in die Wege geleitet worden, denn es besteht unbestreitbar weltweit ein Interesse, dass die Umwandlung in der ehemaligen UdSSR friedlich abläuft. Das Militärpotential ist noch immer immens, die Gefahr lokaler Konflikte, die sich ausweiten könnten, nicht von der Hand zu weisen. Gefahr droht aber auch von anderer Seite (z.B. mangelnde Sicherheit von Kernkraftwerken). Unterstützung von westlicher Seite kann zu einer Stabilisierung beitragen. Vor mehr als 1 1/2 Jahren hat die G-7 in dieser Frage die Führungsrolle übernommen. Mit der Washingtoner Konferenz vom 22./23 Januar 1992, an welcher auch die Schweiz teilgenommen hat, wurde die Hilfe an die GUS-Staaten einem weiteren Staatenkreis vorgelegt. Eine Folgekonferenz in Lissabon Ende Mai dieses Jahres wird wahrscheinlich konkrete Unterstützungsmassnahmen aller industrialisierter Staaten debattieren. Dabei stehen die Bereiche humanitäre Hilfe, Gesundheit, Energie, Wohnungsbau und technische Zusammenarbeit im Vordergrund.

Obwohl sich alle der ehemaligen Teilrepubliken für unabhängig erklärt haben, wird eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihnen bestehen bleiben müssen. Der Uebergang von der zentral gelenkten Monopolwirtschaft zu regionalen marktwirtschaftlichen Strukturen stellt für die Republiken schwerwiegende Probleme, da ihnen bei der Schaffung eigener Volkswirtschaften weder die finanziellen Mittel noch das dazu nötige Know-how zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der ohnehin prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die für den Ausbruch ethnischer Konflikte in der jüngsten Vergangenheit oft ausschlaggebend waren, wird die Notwendigkeit verstärkter westlicher Unterstützung deutlich.

Den Institutionen von Bretton Woods (BWI) kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Nachdem die Vorbereitungen für den Beitritt der GUS Länder zu den BWI sehr weit gediehen sind, scheint eine Aufnahme Russlands bereits Ende April möglich (mit einer IWF Quote von 2,55 %). Die Weltbank ist mit beträchtlichem personellem Aufwand an der Vorbereitung von Krediten in Schlüsselbereichen der Wirtschaft der GUS beschäftigt. Die Schweiz beteiligt sich daran aus Mitteln des Konsulentenfonds, der zu diesem Zweck kürzlich aufgestockt worden ist.

Ein erstes Umschuldungsabkommen ist im Pariser Club ausgehandelt worden. Entsprechend beabsichtigt die Schweiz, in nächster Zeit mit Russland ein bilaterales Abkommen über eine Schuldenkonsolidierung zu unterzeichnen.

Dies zeigt, dass neben kurzfristigen Sofortmassnahmen v.a. im humanitären Bereich mittel- und langfristige Programme bereits laufen. Weitere sind in rascher Vorbereitung. Es ist davon auszugehen, dass sich die Schweiz als Ausdruck der internationalen Solidarität, aber auch in ihrem eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse wird angemessen daran beteiligen müssen.

2. Möglichkeiten schweizerischer Unterstützung aus dem Rahmenkredit für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit mitteleuropäischen Staaten (BB 28.01.1992)

Der in der Botschaft fixierte Verpflichtungsrahmen von 800 Mio Fr. (über eine Periode von mindestens 3 Jahren) wurde zu einem Zeitpunkt festgelegt, als zumindest kurzfristig eine Finanzhilfe an die ehemalige UdSSR unwahrscheinlich schien. Sollen vermehrte Finanzhilfe, aber auch technische Zusammenarbeit zugunsten der GUS Staaten nicht zulasten der eigentlichen Staaten Mittel- und Osteuropas gehen, können sie nur in beschränktem Masse erfolgen.

Das EDA wurde Ende 1990 ermächtigt, 5 Mio Fr. für die Zusammenarbeit mit der ehemaligen UdSSR vorzusehen, welche weitgehend verpflichtet wurden. Die daraus resultierenden Ausgaben sind innerhalb des Budgets des EDA kompensiert worden. Daneben laufen Aktionen der humanitären Hilfe, die zu Lasten des Rahmenkredites für die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe gehen (bisher 3,5 Mio Fr.).

Gesamthaft gesehen bleiben also die Möglichkeiten der Schweiz für ein substantielles Engagement in den GUS Staaten sowohl für die technische Zusammenarbeit als insbesondere auch für die Finanzhilfe beschränkt. Wir möchten anfügen, dass eine Verstärkung der Finanzierungsmöglichkeiten für technische Zusammenarbeit und für den Massnahmenbereich Kreditgarantien (Finanzhilfe) für die Wirtschaft der GUS Staaten prioritär ist. Speziell letzterer hat auch positive Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, indem er erlaubt, für beide Seiten wichtige Geschäftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Durch das Fehlen von Kreditgarantien (die ERG ist geschlossen) ist die schweizerische Wirtschaft gegenüber den Ländern, die Kreditgarantien anbieten können, benachteiligt. Der Interpellant weist denn mit Recht auf die Bedeutung einer verstärkten Finanzhilfe auch für unsere Wirtschaft hin.

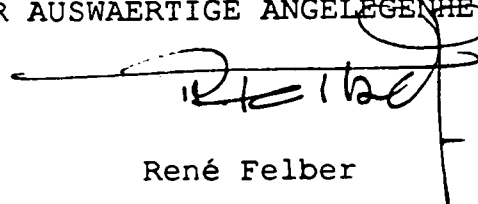
3. Zusatzbotschaft zum Rahmenkredit für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (BB 28.01.1992)

In der Botschaft vom 23.9.1991 über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten führte der Bundesrat aus, dass er sich vorbehält, mit einer neuen Vorlage an die Räte zu gelangen, falls die internationale Solidarität von der Schweiz ein gewichtigeres Engagement in den GUS Staaten verlange (Ziffer 122). Wir sind der Ansicht, dass heute diese Situation gegeben und daher dem Anliegen des Interpellanten zu folgen ist. Bezüglich der Verwendung der zu beantragenden Zusatzmittel schlagen wir vor, dass der Bundesrat darauf in der Botschaft im Detail eingeht,

- 5 -

unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Prioritäten der GUS-Partnerländer, der internationalen Programme sowie der Finanzlage des Bundes.

EIGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

Beilagen :

Antwort d und f

Protokollauszug an :

EDA 10 z.K.

EFD 4 z.K.

EVD 4 z.K.

NATIONALRATSCHRIFTLICHE BEANTWORTUNG

92.3054 Interpellation Bonny vom 3. März 1992 dringliche
 Aufstockung des Rahmenkredites zur Weiterführung der verstärkten
 Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

Ist der Bundesrat bereit, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine wesentliche Erhöhung - wenn möglich eine Heraufsetzung um 600 Millionen Franken - des Rahmenkredits gemäss Bundesbeschluss über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten insbesondere für die Bereitstellung von Kreditgarantien, vorsieht ?

Ist der Bundesrat bereit, diese Vorlage mit Blick auf die aussen- und auch innenpolitische Dringlichkeit so zu beschleunigen, dass sie bereits in der Junisession behandelt werden kann ?

Mitunterzeichner

Berger, Bühler Gerald, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Cincera, Comby, Cotti, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Eggly, Frey Claude, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hegetschweiler, Jaeger, Loeb François, Mauch Rolf, Miesch, Mühlemann, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Scheidegger, Theubet, Tschuppert Karl, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zwahlen, Zwygart.

Begründung

Der Nationalrat hat in der Dezembersession 1991 und der Ständerat während der ausserordentlichen Session im Januar 1992 praktisch einstimmig dem Bundesbeschluss über den Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten zugestimmt. Dabei war man sich allseits im klaren darüber, dass dieser Kredit bloss den Beginn einer sich über längere Zeit erstreckenden gewaltigen Aufgabe der internationalen Solidarität bilden kann. Dazu kam noch der Umstand, dass im Moment der Vorbereitung der Vorlage im Sommer und Herbst 1991 über die Struktur nach Auflösung der UdSSR noch

keine Klarheit bestand. In der Botschaft führte der Bundesrat daher aus : "Sollte aber nach Klärung der Situation in der UdSSR die internationale Solidarität von der Schweiz ein gewichtigeres Engagement verlangen, werden wir uns vorbehalten, wieder ans Parlament zu gelangen". Die Botschaft führte ferner aus, dass von den 800 Millionen Franken 200 Millionen für die technische Zusammenarbeit und 600 Millionen für die Finanzhilfe vorgesehen werden.

In der Zwischenzeit haben sich zwei neue Tatsachen ergeben. Durch die Entstehung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind jetzt die staatlichen Strukturen im Gebiet der ehemaligen UdSSR geklärt worden. Zudem zeigt sich in der kurzen Zeit des Vollzugs, dass mit Blick auf das immense Gebiet und die grosse Zahl der in Frage kommenden Staaten die 600 Millionen bei weitem nicht ausreichen. Die Europäische Gemeinschaft und mehrere westliche Länder haben einzelnen Republiken der GUS bereits grössere Kreditbeträge versprochen. Der Interpellation liegt daher die Absicht zugrunde, die für die Finanzhilfe vorgesehenen 600 Millionen Franken wesentlich zu erhöhen, wenn möglich zu verdoppeln. Die Mindestdauer des Zusatzkredites hätte sich im gleichen zeitlichen Rahmen zu bewegen wie diejenige des Bundesbeschlusses vom 28. Januar 1992 (drei Jahre). Wie in der Botschaft ausgeführt wurde, kann die Finanzhilfe auch in Form von Kreditgarantien erfolgen. Die Aufstockung würde deshalb für den Bund nicht in vollem Umfang ausgabenwirksam werden, da die Geldmittel für Kredite von den Banken verfügbar gemacht würden und von den Kreditempfängern an diese zurückzuzahlen wären.

Diese Aufstockung entspricht somit einem dringenden Gebot der internationalen Solidarität und würde es ermöglichen, in angemessener Weise Finanzhilfe auch in den Nachfolgestaaten der UdSSR, die bekanntlich in einer dramatischen Situation stecken, zu ermöglichen.

Nicht zu übersehen ist schliesslich ein positiver Synergieeffekt für weite Teile der zur Zeit mit Schwierigkeiten kämpfenden schweizerischen Exportwirtschaft. So schwach die Auftragseingänge aus den meisten Absatzgebieten heute sind, so stark ist demgegenüber die Nachfrage aus der GUS und den übrigen ost- und mitteleuropäischen Staaten. Leider scheitert die Realisierung dieser Geschäfte alsdann meist an den fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten. Die Aufstockung des Kredites bei den Finanzhilfen würde es daher ermöglichen, vermehrt solche Geschäfte abzuwickeln und damit einen für unser Land höchst willkommenen positiven Beschäftigungseffekt zu bewirken.

Sowohl aus aussen- als auch innenpolitischen Erwägungen ist es angezeigt, dass diese Hilfe möglichst rasch in die Tat umgesetzt werden kann. Eine Behandlung dieser Vorlage, die administrativ nur minime Vorbereitungen erfordert, bereits in der Juni-Session wäre daher sehr erwünscht.

In diesem Sinn bitte ich auch um dringliche Behandlung meines Vorstosses.

Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat ist bereit, im Sinne der dringlichen Interpellation Bonny den eidgenössischen Räten in der kommenden Junisession eine Zusatzbotschaft zur substantiellen Aufstockung um maximal 600 Mio Fr. des Rahmenkredites für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (BB 28.1.1992) zu unterbreiten.

Seit der Verabschiedung der Botschaft zum Rahmenkredit für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (23.9.1991) hat sich die Situation in der ehemaligen UdSSR grundlegend geändert : Die Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) führte zu neuen politischen Strukturen, die es auch der Schweiz erlaubten, mit den Staaten der GUS diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Mit der politischen Klärung wurde der Weg frei für die Ausarbeitung von Wirtschaftsprogrammen. Auf internationaler Ebene sind bereits umfangreiche Unterstützungsaktionen sowohl im kurzfristigen (z.B. Nahrungsmittelhilfe) als auch im mittel- und langfristigen Bereich angelaufen. Mit der bevorstehenden Aufnahme Russlands in die Institutionen von Bretton Woods - der weitere GUS-Staaten rasch folgen werden - werden diese Anstrengungen der Staatengemeinschaft noch verstärkt. Sie rufen nach einer adäquaten schweizerischen Beteiligung. Diese wird auch für unsere Wirtschaft positive Synergieeffekte und willkommene Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in unserem Land zeitigen. Entsprechend den Ausführungen des Bundesrates in der Botschaft vom 23.9.1991 (Ziffer 122) erachtet er es daher heute als dringlich, dem Parlament mit einer neuen Vorlage entsprechende Mittel zu beantragen. Dabei wird der Bundesrat unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und der Prioritäten der GUS-Partnerländer, der internationalen Unterstützungsprogramme sowie der Finanzlage des Bundes in dieser Vorlage Vorschläge für die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel unterbreiten.

CONSEIL NATIONALREPONSE ECRITE

92.3054 Interpellation Bonny du 3 mars 1992.
 Coopération avec les pays d'Europe centrale et orientale,
 Augmentation du crédit de programme

Le Conseil fédéral est-il disposé à soumettre au Parlement un projet aux termes duquel le crédit de programme prévu par l'AF sur la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale serait massivement augmenté (si possible de 600 millions de francs), surtout sous forme de garanties de crédits ?

Le Conseil fédéral est-il prêt, vu le caractère urgent du projet, tant sur le plan de la politique extérieure que sur celui de la politique intérieure, à le préparer assez vite pour qu'il puisse être traité dès la session de juin ?

Cosignataires :

Berger, Bühler Gerald, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Cincera, Comby, Cotti, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Eggly, Frey Claude, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hegetschweiler, Jaeger, Loeb François, Mauch Rolf, Miesch, Mühlemann, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Scheidegger, Theubet, Tschuppert Karl, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zwahlen, Zwygart.

Développement

Le Conseil national, pendant la session de décembre 1991, et le Conseil des Etats, pendant la session extraordinaire de janvier 1992, ont approuvé presque à l'unanimité l'arrêté fédéral concernant un crédit de programme pour la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale. Il était clair pour tous que ce crédit n'était que le premier pas d'une oeuvre de solidarité internationale de longue haleine. Ajoutons qu'au moment de la préparation du

projet, en été et en automne 1991, le doute planait quant à la structure étatique de l'URSS après sa dissolution. C'est pourquoi le Conseil fédéral précisait dans son message le point suivant : une fois la situation en URSS clarifiée, "au cas où la solidarité internationale exigerait de la part de la Suisse un engagement plus important, nous nous réservons la possibilité de soumettre une nouvelle proposition aux Chambres fédérales". Le message ajoute que de 800 millions de francs prévus, 200 seront affectés à la coopération technique et 600 à l'aide financière.

Entre temps, deux faits nouveaux sont apparus. La naissance de la Communauté des Etats Indépendants (CEI) a clarifié les structures étatiques sur le territoire de l'ancienne Union soviétique. Par ailleurs, les faits ont rapidement montré que les 800 millions alloués ne suffisent pas au regard de l'immense territoire et du grand nombre d'Etats qui doivent bénéficier de cette aide. La Communauté européenne ainsi que plusieurs Etats occidentaux ont promis des crédits plus élevés à certaines républiques de la CEI. L'objet de cette interpellation est donc que l'on augmente l'aide financière prévue, si possible en la doublant. Le crédit supplémentaire devrait être accordé pour une période minimum de trois ans, soit de même durée que le crédit de programme prévu par l'arrêté fédéral du 28 janvier 1992. Comme il est dit dans le message, l'aide financière peut aussi prendre la forme de garanties de crédits. Une augmentation ne se traduirait donc pas forcément entièrement par des dépenses pour la Confédération, car les banques mettraient ces fonds sous forme de crédits, à la disposition des Etats bénéficiaires, lesquels les leur rembourseraient.

Cette augmentation de l'aide financière correspond donc à un devoir impératif de solidarité internationale. Elle permettrait d'accorder notre soutien également aux Etats issus de l'URSS qui sont dans une situation dramatique.

Il ne faut enfin pas oublier l'effet de synergie positive qui ne manquerait pas de se faire sentir sur le secteur des exportations suisses, en butte actuellement à de nombreuses difficultés. Pour aussi faible que soit le volume de commandes dans la plupart des secteurs, la demande est extrêmement élevée dans la CEI et dans les autres pays d'Europe centrale et orientale. Malheureusement, c'est souvent le manque de possibilités de financement qui fait obstacle à la conclusion des contrats. L'augmentation des crédits affectés à l'aide financière permettrait en toute logique de multiplier les achats, ce qui ne manquerait pas d'influer positivement sur l'emploi dans notre pays.

Des considérations de politique intérieure tout autant qu'extérieure nous incitent à mettre en oeuvre cette aide aussi vite que possible. Il serait souhaitable que ce projet, qui demande peu de travaux préparatoires au niveau administratif, puisse être traité dès la session de juin.

C'est pourquoi je demande l'urgence pour mon intervention.

Réponse du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est prêt, au sens de l'interpellation urgente Bonny, à soumettre aux Chambres fédérales, lors de leur session de juin, un message complémentaire proposant une augmentation substantielle (au maximum de 600 mio frs) du crédit de programme concernant la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale (AF 28.1.1992)

Depuis l'adoption du message concernant la poursuite de la coopération renforcée avec les pays d'Europe centrale et orientale (23.9.1991), la situation dans l'ancienne URSS s'est fondamentalement modifiée. La création de la Communauté des Etats Indépendants (CEI) a conduit à de nouvelles structures politiques qui ont permis également à la Suisse d'établir des relations diplomatiques avec les Etats de la CEI. Grâce à la clarification de la situation politique, l'élaboration de programmes économiques a été rendue possible. Au plan international, des mesures d'assistance importantes ont déjà été arrêtées, non seulement à court terme (par ex. aide alimentaire) mais aussi à moyen et à long terme. Avec l'imminente admission de la Russie aux Institutions de Bretton Woods - qui sera rapidement suivie par celle d'autres Etats de la CEI - ces efforts de la communauté internationale seront encore renforcés. Ils appellent une participation adéquate de la Suisse. Celle-ci aura également des effets de synergie positifs pour notre économie et des répercussions favorables sur la situation de l'emploi dans notre pays. Conformément à la teneur du message du 23.9.1992 (chiffre 122), le Conseil fédéral juge urgent de demander au Parlement les ressources financières correspondantes. A cet effet, le Conseil fédéral soumettra, dans un nouveau message, et eu égard aux besoins et aux priorités des Etats de la CEI, aux programmes d'assistance internationaux ainsi qu'à la situation financière de la Confédération, des propositions pour l'affectation de ces ressources financières supplémentaires.



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Berne, le 13 mars 1992

985.3

Au Conseil fédéral

Interpellation urgente Bonny : augmentation du crédit-cadre pour la poursuite de la coopération avec les Etats d'Europe centrale et orientale

C o - r a p p o r t

à la proposition du DFAE du 11 mars 1992

Nous estimons qu'il est impossible, pour des raisons d'ordre financier essentiellement, de donner suite à l'interpellation en question et vous proposons donc d'y répondre négativement.

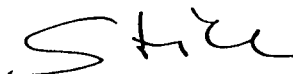
Motifs :

1. Dans les directives concernant le budget 1993 et le plan financier 1994-1996 qu'il vient d'adopter le 26 février dernier, le Conseil fédéral a clairement manifesté sa volonté de ramener les déficits prévisibles de ces prochaines années à des dimensions plus raisonnables et de limiter la croissance des dépenses à 5% en moyenne pour la période considérée.
2. La réalisation d'un tel objectif implique que les réductions réalisées à ce jour au niveau du budget 92 et du plan financier 93-95 et celles proposées dans le cadre

du programme d'assainissement soient vraiment réalisées. Or, les crédits destinés au financement de la coopération avec les pays d'Europe centrale et orientale sont parmi ceux qui tombent précisément sous le coup de la réduction linéaire.

3. Donner suite à l'interpellation précitée irait donc totalement à l'encontre des objectifs financiers que le Conseil fédéral vient de se fixer et se traduirait par un accroissement sensible des dépenses dans un domaine qui, même après les coupures proposées, reste l'un de ceux qui connaissent, pour la période considérée, la croissance la plus forte (+ 7,5%).

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES



O. Stich



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 14. März 1992

Nationalrat

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung

92.3054 Dringliche Interpellation Bonny

**Aufstockung des Rahmenkredites zur Weiterführung der verstärkten Zusammen-
arbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten**

Stellungnahme

zum Mitbericht des EFD vom 13. März 1992

Wir sind mit dem Vorschlag des EFD, das Anliegen des Interpellanten rundwegs negativ zu beantworten, nicht einverstanden. Wir halten daher grundsätzlich an unserem Antrag fest, würden jedoch keine Opposition machen gegen eine offerere, d.h. den Bundesrat weniger konsequent verpflichtende Neuformulierung der Antwort auf die Interpellation.

Erwägungen

1. Die im Mitbericht des EFD angesprochene Problematik ist in einem grösseren Rahmen und nicht nur unter finanzpolitischen und -technischen Gesichtspunkten zu sehen: Der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa kommt eine hohe politische Priorität zu, welche von den eidgenössischen Räten anlässlich der Beratung des 2. Rahmenkredites klar bestätigt worden ist. Eine im Sinne des Interpellanten zugunsten der Staaten der GUS verstärkte Zusammenarbeit würde auch einen raschen, positiven Einfluss auf unsere Wirtschaft und die Beschäftigungssituation zeitigen.
2. Wir erinnern an dieser Stelle, dass der Bundesrat bereits im September letzten Jahres die mögliche Notwendigkeit von zusätzlichen Mitteln für die Unterstützung der Staaten der GUS erkannt hat. Er hat sich daher ausdrücklich vorbehalten, "für den Fall, dass die internationale Solidarität von der Schweiz ein gewichtigeres Engagement verlangt, mit einer neuen Vorlage an die Räte zu gelangen" (Ziffer 122 der Botschaft vom 23.9.1991 über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten).

3. Die Auswirkungen der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa auf das Budget hängen nicht nur von der Grösse und der Laufzeit der Rahmenkredite ab, sondern sie werden auch durch deren Aufteilung auf die verschiedenen Instrumente der Zusammenarbeit bestimmt. Ein hoher Anteil an Kreditgarantien, wie dies der Interpellant für die Aufstockung des 2. Rahmenkredites vorschlägt, lässt eine minimale Beanspruchung des Budgets erwarten.
4. Auch für die Staaten der GUS ist nämlich davon auszugehen, dass Kreditgarantien nur bedingt sowie (im Falle von mittel- und langfristigen Krediten) verteilt über eine über 1995 hinausgehende mehrjährige Periode budgetwirksam werden. Selbst wenn die Zusatzbotschaft in der Sommersession 1992 verabschiedet werden sollte, wäre nicht mit einer Beanspruchung des Budgets 1992 zu rechnen; auch die Auswirkungen auf den Finanzplan 1993-1995 blieben beschränkt.
5. Die Budgets für die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa betreffen eine völlig neue Aufgabe, für die erstmals im Budget 1990 (mit einem Nachtragskredit) Mittel eingestellt worden sind. Es ist daher normal, dass in diesen Anfangsjahren der Zusammenarbeit die jährlichen Budgetzunahmen über dem in der Finanzplanung vorgesehenen durchschnittlichen Zuwachs von 5 % liegen.
6. Aus diesen Gründen steht die vom Interpellanten vorgeschlagene Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln, die schwergewichtig für Kreditgarantien zu verwenden wären, nicht mit den vom Bundesrat in dessen Sitzung vom 26.2.1992 festgelegten Richtlinien für die Finanzplanung im Widerspruch.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



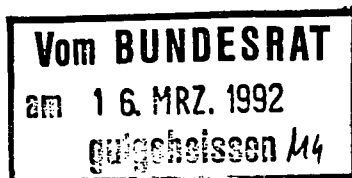
René Felber

Neue FassungAntwort des Bundesrates

Der Bundesrat hat Verständnis für das vom Interpellanten vorgebrachte Anliegen. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und der Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel ist seines Erachtens unbestritten. Bereits im September 1991 hatte sich der Bundesrat in seiner Botschaft zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ausdrücklich vorbehalten, dem Parlament bei Bedarf entsprechende neue Mittel anzubegehren. Bei der Prüfung der Bereitstellung neuer Mittel wird der Bundesrat die tatsächlichen Bedürfnisse und Prioritäten der GUS-Staaten und die für sie vorgesehenen oder bereits laufenden internationalen Unterstützungsprogramme ebenso berücksichtigen müssen wie die Finanzlage des Bundes sowie die minimalen zeitlichen Erfordernisse für die Ausarbeitung und die parlamentarische Beratung einer Botschaft.

Seit der Verabschiedung der Botschaft zum Rahmenkredit für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten im September letzten Jahres hat sich die Situation in der ehemaligen UdSSR grundlegend geändert. Die Gründung der GUS führte zu neuen politischen Strukturen, die es auch der Schweiz erlaubten, diese Staaten zu anerkennen und mit ihnen diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Mit der politischen Klärung wurde der Weg frei für die Ausarbeitung von Wirtschaftsprogrammen. Auf internationaler Ebene sind bereits umfangreiche Unterstützungsaktionen sowohl im kurzfristigen (z.B. Nahrungsmittelhilfe) als auch im mittel- und langfristigen Bereich angelaufen. Mit der bevorstehenden Aufnahme Russlands in die Institutionen von Bretton Woods - der weitere GUS-Staaten folgen dürften - werden diese Anstrengungen der Staatengemeinschaft noch verstärkt. Sie rufen nach einer adäquaten schweizerischen Beteiligung. Diese wird auch für unsere Wirtschaft positive Synergieeffekte und willkommene

Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in unserem Land zeitigen. Der Bundesrat erachtet es daher als angezeigt, dem Parlament mit einer neuen Vorlage entsprechende Mittel zu beantragen.

NATIONALRATSCHRIFTLICHE BEANTWORTUNG

92.3054 Interpellation Bonny vom 3. März 1992 dringliche
Aufstockung des Rahmenkredites zur Weiterführung der verstärkten
Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

Ist der Bundesrat bereit, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine wesentliche Erhöhung - wenn möglich eine Heraufsetzung um 600 Millionen Franken - des Rahmenkredites gemäss Bundesbeschluss über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten insbesondere für die Bereitstellung von Kreditgarantien, vorsieht ?

Ist der Bundesrat bereit, diese Vorlage mit Blick auf die aussen- und auch innenpolitische Dringlichkeit so zu beschleunigen, dass sie bereits in der Junisession behandelt werden kann ?

Mitunterzeichner

Berger, Bühner Gerald, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Cincera, Comby, Cotti, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Eggly, Frey Claude, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hegetschweiler, Jaeger, Loeb François, Mauch Rolf, Miesch, Mühlemann, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Scheidegger, Theubet, Tschuppert Karl, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zwahlen, Zwygart.

Begründung

Der Nationalrat hat in der Dezembersession 1991 und der Ständerat während der ausserordentlichen Session im Januar 1992 praktisch einstimmig dem Bundesbeschluss über den Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten zugestimmt. Dabei war man sich allseits im klaren darüber, dass dieser Kredit bloss den Beginn einer sich über längere Zeit erstreckenden gewaltigen Aufgabe der internationalen Solidarität bilden kann. Dazu kam noch der Umstand, dass im Moment der Vorbereitung der Vorlage im Sommer und Herbst 1991 über die Struktur nach Auflösung der UdSSR noch

keine Klarheit bestand. In der Botschaft führte der Bundesrat daher aus : "Sollte aber nach Klärung der Situation in der UdSSR die internationale Solidarität von der Schweiz ein gewichtigeres Engagement verlangen, werden wir uns vorbehalten, wieder ans Parlament zu gelangen". Die Botschaft führte ferner aus, dass von den 800 Millionen Franken 200 Millionen für die technische Zusammenarbeit und 600 Millionen für die Finanzhilfe vorgesehen werden.

In der Zwischenzeit haben sich zwei neue Tatsachen ergeben. Durch die Entstehung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind jetzt die staatlichen Strukturen im Gebiet der ehemaligen UdSSR geklärt worden. Zudem zeigt sich in der kurzen Zeit des Vollzugs, dass mit Blick auf das immense Gebiet und die grosse Zahl der in Frage kommenden Staaten die 600 Millionen bei weitem nicht ausreichen. Die Europäische Gemeinschaft und mehrere westliche Länder haben einzelnen Republiken der GUS bereits grössere Kreditbeträge versprochen. Der Interpellation liegt daher die Absicht zugrunde, die für die Finanzhilfe vorgesehenen 600 Millionen Franken wesentlich zu erhöhen, wenn möglich zu verdoppeln. Die Mindestdauer des Zusatzkredites hätte sich im gleichen zeitlichen Rahmen zu bewegen wie diejenige des Bundesbeschlusses vom 28. Januar 1992 (drei Jahre). Wie in der Botschaft ausgeführt wurde, kann die Finanzhilfe auch in Form von Kreditgarantien erfolgen. Die Aufstockung würde deshalb für den Bund nicht in vollem Umfang ausgabenwirksam werden, da die Geldmittel für Kredite von den Banken verfügbar gemacht würden und von den Kreditempfängern an diese zurückzuzahlen wären.

Diese Aufstockung entspricht somit einem dringenden Gebot der internationalen Solidarität und würde es ermöglichen, in angemessener Weise Finanzhilfe auch in den Nachfolgestaaten der UdSSR, die bekanntlich in einer dramatischen Situation stecken, zu ermöglichen.

Nicht zu übersehen ist schliesslich ein positiver Synergieeffekt für weite Teile der zur Zeit mit Schwierigkeiten kämpfenden schweizerischen Exportwirtschaft. So schwach die Auftragseingänge aus den meisten Absatzgebieten heute sind, so stark ist demgegenüber die Nachfrage aus der GUS und den übrigen ost- und mitteleuropäischen Staaten. Leider scheitert die Realisierung dieser Geschäfte alsdann meist an den fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten. Die Aufstockung des Kredites bei den Finanzhilfen würde es daher ermöglichen, vermehrt solche Geschäfte abzuwickeln und damit einen für unser Land höchst willkommenen positiven Beschäftigungseffekt zu bewirken.

Sowohl aus aussen- als auch innenpolitischen Erwägungen ist es angezeigt, dass diese Hilfe möglichst rasch in die Tat umgesetzt werden kann. Eine Behandlung dieser Vorlage, die administrativ nur minime Vorbereitungen erfordert, bereits in der Juni-Session wäre daher sehr erwünscht.

In diesem Sinn bitte ich auch um dringliche Behandlung meines Vorstosses.

Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat hat Verständnis für das vom Interpellanten vorgebrachte Anliegen. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und der Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel ist seines Erachtens unbestritten. Bereits im September 1991 hatte sich der Bundesrat in seiner Botschaft zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ausdrücklich vorbehalten, dem Parlament bei Bedarf entsprechende neue Mittel anzubegehren. Bei der Prüfung der Bereitstellung neuer Mittel wird der Bundesrat die tatsächlichen Bedürfnisse und Prioritäten der GUS-Staaten und die für sie vorgesehenen oder bereits laufenden internationalen Unterstützungsprogramme ebenso berücksichtigen müssen wie die Finanzlage des Bundes sowie die minimalen zeitlichen Erfordernisse für die Ausarbeitung und die parlamentarische Beratung einer Botschaft.

Seit der Verabschiedung der Botschaft zum Rahmenkredit für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten im September letzten Jahres hat sich die Situation in der ehemaligen UdSSR grundlegend geändert. Die Gründung der GUS führte zu neuen politischen Strukturen, die es auch der Schweiz erlaubten, diese Staaten zu anerkennen und mit ihnen diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Mit der politischen Klärung wurde der Weg frei für die Ausarbeitung von Wirtschaftsprogrammen. Auf internationaler Ebene sind bereits umfangreiche Unterstützungsaktionen sowohl im kurzfristigen (z.B. Nahrungsmittelhilfe) als auch im mittel- und langfristigen Bereich angelaufen. Mit der bevorstehenden Aufnahme Russlands in die Institutionen von Bretton Woods - der weitere GUS-Staaten folgen dürften - werden diese Anstrengungen der Staatengemeinschaft noch verstärkt. Sie rufen nach einer adäquaten schweizerischen Beteiligung. Diese wird auch für unsere Wirtschaft positive Synergieeffekte und willkommene Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in unserem Land zeitigen. Der Bundesrat erachtet es daher als angezeigt, dem Parlament mit einer neuen Vorlage entsprechende Mittel zu beantragen.

Approuvé par le CONSEIL FÉDÉRAL le 16. MARS 1992 <i>MV</i>

CONSEIL NATIONALREPONSE ECRITE

92.3054 **Interpellation Bonny du 3 mars 1992.**
Coopération avec les pays d'Europe centrale et orientale,
Augmentation du crédit de programme

Le Conseil fédéral est-il disposé à soumettre au Parlement un projet aux termes duquel le crédit de programme prévu par l'AF sur la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale serait massivement augmenté (si possible de 600 millions de francs), surtout sous forme de garanties de crédits ?

Le Conseil fédéral est-il prêt, vu le caractère urgent du projet, tant sur le plan de la politique extérieure que sur celui de la politique intérieure, à le préparer assez vite pour qu'il puisse être traité dès la session de juin ?

Cosignataires :

Berger, Bühner Gerald, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Cincera, Comby, Cotti, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Eggly, Frey Claude, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hegetschweiler, Jaeger, Loeb François, Mauch Rolf, Miesch, Mühlemann, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Scheidegger, Theubet, Tschuppert Karl, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zwahlen, Zwygart.

Développement

Le Conseil national, pendant la session de décembre 1991, et le Conseil des Etats, pendant la session extraordinaire de janvier 1992, ont approuvé presque à l'unanimité l'arrêté fédéral concernant un crédit de programme pour la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale. Il était clair pour tous que ce crédit n'était que le premier pas d'une oeuvre de solidarité internationale de longue haleine. Ajoutons qu'au moment de la préparation du

projet, en été et en automne 1991, le doute planait quant à la structure étatique de l'URSS après sa dissolution. C'est pourquoi le Conseil fédéral précisait dans son message le point suivant : une fois la situation en URSS clarifiée, "au cas où la solidarité internationale exigerait de la part de la Suisse un engagement plus important, nous nous réservons la possibilité de soumettre une nouvelle proposition aux Chambres fédérales". Le message ajoute que de 800 millions de francs prévus, 200 seront affectés à la coopération technique et 600 à l'aide financière.

Entre temps, deux faits nouveaux sont apparus. La naissance de la Communauté des Etats Indépendants (CEI) a clarifié les structures étatiques sur le territoire de l'ancienne Union soviétique. Par ailleurs, les faits ont rapidement montré que les 800 millions alloués ne suffisent pas au regard de l'immense territoire et du grand nombre d'Etats qui doivent bénéficier de cette aide. La Communauté européenne ainsi que plusieurs Etats occidentaux ont promis des crédits plus élevés à certaines républiques de la CEI. L'objet de cette interpellation est donc que l'on augmente l'aide financière prévue, si possible en la doublant. Le crédit supplémentaire devrait être accordé pour une période minimum de trois ans, soit de même durée que le crédit de programme prévu par l'arrêté fédéral du 28 janvier 1992. Comme il est dit dans le message, l'aide financière peut aussi prendre la forme de garanties de crédits. Une augmentation ne se traduirait donc pas forcément entièrement par des dépenses pour la Confédération, car les banques mettraient ces fonds sous forme de crédits, à la disposition des Etats bénéficiaires, lesquels les leur rembourseraient.

Cette augmentation de l'aide financière correspond donc à un devoir impératif de solidarité internationale. Elle permettrait d'accorder notre soutien également aux Etats issus de l'URSS qui sont dans une situation dramatique.

Il ne faut enfin pas oublier l'effet de synergie positive qui ne manquerait pas de se faire sentir sur le secteur des exportations suisses, en butte actuellement à de nombreuses difficultés. Pour aussi faible que soit le volume de commandes dans la plupart des secteurs, la demande est extrêmement élevée dans la CEI et dans les autres pays d'Europe centrale et orientale. Malheureusement, c'est souvent le manque de possibilités de financement qui fait obstacle à la conclusion des contrats. L'augmentation des crédits affectés à l'aide financière permettrait en toute logique de multiplier les achats, ce qui ne manquerait pas d'influer positivement sur l'emploi dans notre pays.

Des considérations de politique intérieure tout autant qu'extérieure nous incitent à mettre en oeuvre cette aide aussi vite que possible. Il serait souhaitable que ce projet, qui demande peu de travaux préparatoires au niveau administratif, puisse être traité dès la session de juin.

C'est pourquoi je demande l'urgence pour mon intervention.

Réponse du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral a de la compréhension pour la demande présentée par l'interpellant. La nécessité d'une coopération avec les pays de la Communauté des Etats Indépendants (CEI) et la mise à disposition des moyens financiers nécessaires sont, à son avis, incontestées. Déjà, dans son message de septembre 1991 sur la continuation de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale, le Conseil fédéral s'était expressément réservé la possibilité de solliciter, au besoin, de nouveaux moyens correspondants de la part du Parlement. Lors de l'examen de la mise à disposition de nouveaux moyens, le Conseil fédéral devra tenir compte à la fois des besoins et des priorités effectifs des Etats de la CEI, des programmes de soutien internationaux prévus ou déjà mis en oeuvre, de la situation financière de la Confédération ainsi que des exigences minimales de temps nécessaires à l'élaboration et à la délibération parlementaire d'un nouveau message.

Depuis l'adoption du message concernant la poursuite de la coopération renforcée avec les pays d'Europe centrale et orientale en septembre 1991, la situation dans l'ancienne URSS s'est fondamentalement modifiée. La création de la Communauté des Etats Indépendants (CEI) a conduit à de nouvelles structures politiques qui ont permis également à la Suisse d'établir des relations diplomatiques avec les Etats de la CEI. Grâce à la clarification de la situation politique, l'élaboration de programmes économiques a été rendue possible. Au plan international, des mesures d'assistance importantes ont déjà été arrêtées, non seulement à court terme (par ex. aide alimentaire) mais aussi à moyen et à long terme. Avec l'imminente admission de la Russie aux Institutions de Bretton Woods - qui devrait rapidement être suivie par celle d'autres Etats de la CEI - ces efforts de la communauté internationale seront encore renforcés. Ils appellent une participation adéquate de la Suisse. Celle-ci aura également des effets de synergie positifs pour notre économie et des répercussions favorables sur la situation de l'emploi dans notre pays. Le Conseil fédéral considère par conséquent qu'il convient de présenter au Parlement un nouveau message en vue de la mise à disposition de moyens correspondants.